

Mathe, Deutsch, Konsum

vzbv, KMK und VSMK machen sich für Verbraucherbildung
in Schulen stark

Mitteilung: Kultusministerkonferenz

Verbraucherbildung gehört verbindlich bundesweit auf den Lehrplan. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) sowie die Vorsitzenden der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) und des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) haben sich für eine Verankerung der Verbraucherbildung in der Schule ausgesprochen. Konsumentscheidungen könnten gravierende Folgen haben und müssten daher im Unterricht angemessen thematisiert werden.

Anlass für die gemeinsame Erklärung ist die Fachtagung Verbraucherbildung des vzbv, die am 11.6.2014 in Berlin stattfindet. Entscheidungsträger aus Politik, Bildung und Wissenschaft diskutieren, wie Inhalte der Verbraucherbildung systematisch und sinnvoll in den Lehrplan integriert werden können. „In einer Konsumwelt, die immer vielfältiger wird, gehört Verbraucherbildung zum Einmaleins. Nur so lernen Schülerinnen und Schüler frühzeitig, wie sie richtige Entscheidungen treffen und Fallstricke umgehen“, sagt Klaus Müller, Vorstand des vzbv.

Alltagskompetenzen stärken

Die Bedeutung des nachhaltigen Konsums, der Umwelt und Klima weniger belastet und faire Herstellungsbedingungen fördert, wächst stetig. „Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig in ihren Alltagskompetenzen gestärkt werden, damit sie lernen, als Verbraucherin und Verbraucher reflektierte und verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen. Dafür ist es wichtig, ihnen auch in der Schule das nötige Handwerkszeug mit auf den Weg zu geben“, erklärt die Präsidentin der Kultusministerkonferenz Sylvia Löhrmann. „Die Länder überprüfen derzeit ihre Lehr- und Bildungspläne, Curricula sowie die Konzepte für die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften. Grundlage ist eine entsprechende [Empfehlung der Kultusministerkonferenz](#), die wir im September vergangenen Jahres verabschiedet haben.“

Verbraucherbildung ist notwendig, da falsche Konsumententscheidungen gravierende Folgen haben können: Geldgeschäfte ohne Finanzkenntnisse können zu Schulden und finanziellem Ruin führen. Ungesunde Ernährung kann Krankheit und hohe Kosten im Gesundheitssektor nach sich ziehen. Mangelnde Medienkompetenz und Kompetenzen im Umgang mit der digitalen Welt können eine Gefährdung der Privatsphäre und informationellen Selbst-

bestimmung nach sich ziehen. Die VSMK hat deshalb bereits 2010 angeregt, eine Rahmenvereinbarung zwischen den Ländern zur Verbraucherbildung zu erarbeiten und abzuschließen. Dr. Till Backhaus, Vorsitzender der VSMK, bekräftigt das Vorhaben: „Die Verbraucherbildung hat dieses Jahr einen Schub schon dadurch bekommen, dass sich die Spitzenvertreter der KMK und VSMK erstmals getroffen haben, um erste Schritte für eine Stärkung dieses Bereiches zu erarbeiten. Wir müssen uns aber weiterhin dafür einsetzen, dass alle Bürgerinnen und Bürger und dabei vor allem Kinder und Jugendliche Zugang zu allen Produktinformationen bekommen können und sie gleichzeitig in der Lage sind, diese verstehen zu können. Dafür werde ich mich als Vorsitzender der VSMK weiter einsetzen.“

Konzept und Finanzierung notwendig

Der gegenseitige Austausch ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Kompetenzen im Unterricht und in der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer besser vermittelt werden können. „Bildung gibt es nicht zum Nulltarif, jetzt ist die Politik gefragt“, so Müller. „Die Ziele sind eindeutig, die Wege können vielfältig sein. Die Länder müssen aber, wo es noch nicht geschehen ist, Konzepte entwickeln und einführen. Dazu gehört die Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer und die Umsetzung der von der KMK geforderten Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, wie etwa den Verbraucherzentralen.“

*PM v. 11.6.2014
www.kmk.org*